

.SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis



Schäffer, Angelika/Schneider, Elisabeth (2012):

Peer Support – Unterstützung nach belastenden Ereignissen bei der österreichischen Polizei

SIAK-Journal – Zeitschrift für
Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis
(1), 19-28.

doi: 10.7396/2012_1_B

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Schäffer, Angelika/Schneider, Elisabeth (2012). Peer Support – Unterstützung nach belastenden Ereignissen bei der österreichischen Polizei, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1), 19-28, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2012_1_B.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2012

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 3/2013

Peer Support – Unterstützung nach belastenden Ereignissen bei der österreichischen Polizei

Exekutivbedienstete sind in ihrem Berufsalltag immer wieder Situationen ausgesetzt, die nicht nur eine Gefahr für ihre körperliche Integrität darstellen, sondern auch seelisch belastend sind. Aus der 1994 vom Psychologischen Dienst des Bundesministeriums für Inneres (BM.I) eingerichteten „Betreuung nach Schusswaffengebrauch“ (= Post-Shooting) wurde 2006 das Projekt „Peer Support“, welches auf belastende dienstliche Ereignisse ausgeweitet wurde. An der Fachhochschule Wiener Neustadt beschäftigten sich drei Studenten des Studienganges „Polizeiliche Führung“ näher mit diesem neuen Projekt. Die Thematik wird aus drei unterschiedlichen Perspektiven betrachtet und somit einer umfassenden Evaluierung unterzogen. Näher beleuchtet werden Fragen der Vertraulichkeit der Gespräche, ob das Peer-Angebot ausreichend und hilfreich ist und welche generellen Erwartungshaltungen seitens der Kollegenschaft an das Projekt gestellt werden.



ANGELIKA SCHÄFFER,
hauptamtliche Lehrerin im Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive Wien.

EINLEITENDE GEDANKEN

Polizistinnen und Polizisten¹ sind in ihrem Berufsalltag immer wieder Situationen ausgesetzt, die nicht nur eine Gefahr für ihre Gesundheit darstellen, sondern auch seelisch belastend sind. Dazu zählen unter anderem Unglücksfälle mit Kindern als Opfer, Tod bzw. Verletzung von Kollegen, das Überbringen einer Todesnachricht oder ein Schusswaffengebrauch (Steinbauer 2002; Krampl 2007). Die Tatsache, einen Menschen angeschossen oder getötet zu haben oder Zeuge des gewaltsamen Todes eines Kollegen geworden zu sein, stellt für einen Exekutivbeamten eine große psychische Belastung dar, die außerhalb der üblichen menschlichen Erfahrung liegt (Küffler/Walter 1994; Bundesministerium für Inneres 1993a). Vielfach entsteht – nicht zuletzt unter dem Einfluss von Film und Fernsehen – der Eindruck, der Ge-

brauch einer Schusswaffe sei für einen Polizisten, eine Polizistin etwas Selbstverständliches. In Wahrheit jedoch zeigen die Meisten emotionale und körperliche Reaktionen während und nach dem Ereignis (siehe dazu auch Hallenberger 2001).

Ebenso stellen das erlebte Leid und die Erfahrung von Hilflosigkeit im Zusammenhang mit Großschadensereignissen für Einsatzkräfte eine massive Belastung dar.

Man spricht in diesem Zusammenhang auch von „sekundärer Traumatisierung“. Sekundär Traumatisierte sind Personen, die nicht direkt, sondern indirekt in das traumatisierende Ereignis involviert sind – also beispielsweise Helfer oder unverletzte Zeugen (z.B. Juen et al. 2009).

Die Auswirkungen solcher Erfahrungen sind von Mensch zu Mensch verschieden. In einigen Fällen kann sich langfristig eine posttraumatische Belastungsstörung nach



ELISABETH SCHNEIDER,
Mitarbeiterin der Sicherheitsakademie, Psychologischer Dienst, Bundesministerium für Inneres.

ICD-10 entwickeln. Nach einer Untersuchung von Krampfl (Krampfl 2007) liegt die Häufigkeit einer voll ausgebildeten Belastungsstörung, nach dem Erleben von traumatischen Situationen im Dienst, in der Sicherheitsexekutive bei 12,1 %.

Als wesentliche Einflussfaktoren auf die Regeneration nach einem Schusswaffengebrauch beispielsweise erwiesen sich soziale Unterstützung bzw. zusätzliche Verletzungen. Günstig für den Verarbeitungsprozess sind demnach eine gute Unterstützung und wenige psychische Verletzungen durch das Verhalten anderer (z.B. Bewertungen durch Kollegen und Vorgesetzte, Gerichtsverfahren, mediale Berichterstattung) (Hallenberger 2001; Solomon/Horn 1986).

Daher erschien es unerlässlich, auch den betroffenen BeamtenInnen in Österreich seitens des Dienstgebers eine Unterstützung bei der Aufarbeitung eines solchen Erlebnisses anzubieten, und zwar unabhängig davon, ob der Schusswaffengebrauch gerechtfertigt war oder nicht. Dabei wurde u.a. das von Jeffrey Mitchell entwickelte CISM (Critical Incident Stress Management) herangezogen (vgl. Mitchell 1983; Mitchell/Everly, 1998).

STRESSBEARBEITUNG NACH BELASTENDEN EREIGNISSEN VON EINSATZKRÄFTEN – DAS CISM NACH MITCHELL

Als Basis für die Maßnahmen zur Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen (SBE) von Einsatzkräften im deutschsprachigen Raum diente vielen Einsatzorganisationen das CISM nach Jeffrey T. Mitchell. Dieser kannte als Feuerwehrmann die möglichen Auswirkungen belastender Ereignisse sowohl aus eigener Erfahrung als auch aus Gesprächen mit KollegInnen. Als er eines Tages zu einem Einsatz gerufen wurde, bei dem eine frisch vermählte Braut am Rücksitz des Unfallfahrzeuges

durch Röhren regelrecht „gepfählt“ wurde, ließen ihn die Bilder lange Zeit nicht mehr los.

Mitchell entwickelte in der Folge ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung von Einsatzkräften (vgl. Mitchell 1983), das vor allem dazu dienen sollte, Ansprechpartner zur Verfügung zu stellen, die den betroffenen KollegInnen nach einem belastenden Einsatz zur Seite stehen, ihnen zuhören und Informationen über Stress und Stressreaktionen geben („Psychoedukation“). Diese Ansprechpartner, so genannte „Peers“, sind speziell ausgebildete Einsatzkräfte aus demselben Bereich (Polizei, Feuerwehr, Rettung, Militär ...), kennen und verstehen also den Job und sprechen die gleiche „Sprache“ wie die Betroffenen.

Gerade Letzteres ist ein wesentlicher Aspekt, da Einsatzkräfte nicht leicht Hilfe für sich in Anspruch nehmen und vielfach mit einem Kollegen, einer Kollegin aus den eigenen Reihen „leichter“ reden und eher Unterstützung annehmen.

Das SBE- bzw. CISM-Maßnahmenpaket umfasst verschiedene Interventionen, die grundsätzlich zum Ziel haben, der Entstehung von traumatischem Stress vorzubeugen, seine Auswirkungen zu lindern, die Erholung zu begünstigen und somit das Wohlergehen und die Gesundheit der Kollegenschaft zu erhalten (Mitchell/Everly 1998). Die einzelnen Interventionen sollen im Folgenden kurz dargestellt werden:

1. SAFE-R-Modell²: Einzelbetreuung am Ort des Geschehens durch Reduktion der stressauslösenden Einflüsse – Akzeptanz der Krise – Verstehen fördern – Bewältigungsstrategien entwickeln – Rückführung zur Eigenständigkeit.
2. Nachbesprechung („Debriefing“): ist eine Gruppenbesprechung, die – idealerweise 24 bis 72 Stunden nach dem Ereignis – nach bestimmten Kriterien in einem klar strukturierten, siebenphasigen

Ablauf durchgeführt wird. Es ist eine der bekanntesten Interventionstechniken, geriet jedoch zuletzt immer wieder unter wissenschaftlichen Beschuss, was eine breite Diskussion über Anwendung und Nicht-Anwendung auslöste (vgl. z.B. Clemens/Lüdke 2000; Dyregov 1998).

3. Kurzbesprechung („Defusing“): ist ebenfalls eine Gruppenbesprechung und ist quasi eine verkürzte Version des Debriefings. Der wesentliche Unterschied liegt jedoch im Zeitpunkt der Anwendung, da es – vom Grundsatzgedanken – unmittelbar nach dem Ereignis durchgeführt werden kann, ohne emotional in die Tiefe zu gehen.
4. Einsatzabschluss („Demobilization“): wird in erster Linie unmittelbar am Ende eines Großeinsatzes, vor dem Abrücken der Einsatzkräfte, durchgeführt und besteht – vereinfacht dargestellt – aus einem Informationsteil und einem „informellen Teil“.
5. Einsatzbegleitung („On-Scene-Support“): z.B. bei Großeinsätzen, hier sind ausgebildete Peers am Einsatzort und kümmern sich – im Bedarfsfall – um belastete KollegInnen.

Die CISM- bzw. SBE-Teams bestehen immer aus gut ausgebildeten Peers und psychosozialen Fachkräften (z.B. Psychologen, aber auch Notfallseelsorger). Wichtig ist Stressbearbeitung auf verschiedenen Ebenen. Dazu gehört eine gute Informationspolitik im Vorfeld (Informationsveranstaltungen und Schulungen über Themen wie Stress, Stressbewältigung, Trauma; Bekanntmachung der Unterstützungsmöglichkeiten usw.) ebenso wie Maßnahmen, die zeitlich und örtlich direkt am Einsatzgeschehen ansetzen (Einsatzbegleitung) und Interventionen nach einem belastenden Ereignis (Einsatzabschluss; Nachbesprechungen).

ENTSTEHUNGSGESCHICHTE POST-SHOOTING IN DER ÖSTERREICHISCHEN EXEKUTIVE

Im Jahr 1993 fiel nun der „Startschuss“ zu einem Projekt, das im Bereich des österreichischen Innenministeriums ein absolutes Novum darstellen sollte. Der damalige „psychologisch-pädagogische Dienst“ hatte auf Basis internationaler Erfahrungen ein Konzept für die Beratung, Unterstützung und Begleitung von BeamtInnen nach lebensgefährdenden Waffengebräuchen entwickelt.

Vor Umsetzung des geplanten Konzeptes wurden zwecks Informationsgewinn und Anpassung an die Situation in Österreich Erfahrungsaustauschseminare mit BeamtInnen durchgeführt, die bereits in einen Schusswaffengebrauch involviert gewesen waren.

Das erste dieser Seminare fand im Oktober 1993 mit 15 betroffenen BeamtInnen der Bundespolizei sowie der Bundesgendarmerie in einem Seminarhotel in Niederösterreich statt. Bis Oktober 1994 wurden drei weitere Seminare „Nach dem Schusswaffengebrauch“ durchgeführt. Insgesamt nahmen 59 BeamtInnen das Angebot wahr.

Für viele war dies die erste Möglichkeit, strukturiert über ihre Erfahrungen zu berichten, sich mit anderen Betroffenen auszutauschen und selbst Informationen über die möglichen Reaktionen der Psyche nach einem Schusswaffengebrauch zu erhalten. Wie schon bei Solomon und Horn (Solomon/Horn 1986) berichteten auch die österreichischen BeamtInnen Reaktionen, die während und nach dem Schusswaffengebrauch aufgetreten waren – wie beispielsweise Veränderungen in der Wahrnehmung und im Zeiterleben, aber auch eine erhöhte Sensibilität für Gefahr sowie Angst und Besorgnis bezüglich zukünftiger Situationen in der Zeit danach.

BETREUERAUSBILDUNG NACH PEER-MODELL

Auch die „BetreuerInnen nach Schusswaffengebrauch“ sollten keine „fachlich und räumlich weit entfernten ExpertInnen“ (zit. aus Bundesministerium für Inneres 1995) sein, sondern speziell geschulte KollegInnen aus den eigenen Reihen, also „Peers“.

So wurden im Jahr 1994 bundesweit 18 leitende Bedienstete ausgewählt und in einer zweiwöchigen Ausbildung geschult. Deren Aufgabe sollte es sein, von sich aus an die Betroffenen heranzutreten und sie dabei zu unterstützen, sich einen Überblick über das Geschehene zu verschaffen, damit verbundene Gefühle aufzuarbeiten und Informationen über mögliche Reaktionen zu geben – je nach den aktuellen Bedürfnissen, auf die es einzugehen galt. Ziel war es, einem möglicherweise auftretenden Post-Shooting-Trauma entgegenzuwirken.

Die „Post-Shooting-Betreuer“ sollten möglichst unmittelbar nach dem Ereignis und ausschließlich zur Unterstützung der betroffenen EinsatzbeamtInnen (= EB) zur Verfügung stehen und daher auch in keiner Weise in die Ermittlungen involviert sein. Im Wesentlichen waren drei Kontakte vorgesehen, wobei der erste möglichst zeitnahe am Ereignis stattfinden sollte. Die zweite Kontaktaufnahme war nach ca. 48 Stunden vorgesehen, um das Geschehen in einer belastungsfreien Umgebung zu reflektieren und auch das eventuelle Auftreten von Reaktionen besprechen zu können.

Eine dritte Kontaktaufnahme sollte ein bis sechs Wochen nach dem Vorfall erfolgen; im Falle einer verstärkten Symptomatik sollte ein Psychologe des Innenministeriums hinzugezogen werden.

Im Jahr 1996 wurden weitere 13 BeamtInnen aller drei Wachkörper (Gendarmarie-, Sicherheitswache- und Kriminaldienst) zu BetreuerInnen ausgebildet, so dass österreichweit 31 Post-Shooting-BetreuerInnen zur Verfügung standen.

Die Tatsache, dass ausschließlich leitende BeamtInnen zu BetreuerInnen ausgebildet wurden, die eine der höchsten Ebenen in der polizeiinternen Hierarchie bilden, war lange Zeit ein massiver Kritikpunkt am Betreuungsmodell. Dazu kam, dass viele Kolleginnen und Kollegen die „Post-Shooting-Betreuung“ eben nur mit einer Unterstützung nach Schusswaffengebrauch in Verbindung brachten. Die Mehrzahl belastender Situationen im polizeilichen Alltag waren jedoch andere Ereignisse: Amtshandlungen, in denen Kindern und Jugendlichen Gewalt angetan wurde oder diese sogar zu Tode kamen, der Umgang mit verzweiferten Angehörigen beim Überbringen einer Todesnachricht, die Auseinandersetzung mit suizidalen Menschen, aber auch schwere Unfälle, bei denen nicht mehr geholfen werden konnte, werden von den meisten Exekutivbediensteten als extrem belastend empfunden. Viele erleben solche Situationen im Laufe ihres Dienstlebens immer wieder. Wie Krampfl (Krampfl 2007) in seiner Dissertation zeigen konnte, ist in den Einsatzorganisationen Polizei, Feuerwehr und Rettung mehr als ein Drittel durch traumatische, belastende Ereignisse beeinträchtigt. Neben den klassischen Traumareaktionen Wiedererleben, Vermeiden und Erregung kam es auch zur Ausbildung von chronischem Stress und einer verringerten Kompetenz und Kontrollüberzeugung – was wiederum verschiedenste psychische und physische Auswirkungen nach sich zieht.

Schwerpunkt der Unterstützungsmaßnahmen war bald nicht mehr die „Post-Shooting-Betreuung“, auch wenn ein lebensgefährdender Waffengebrauch nach wie vor zu den dramatischsten Erfahrungen von PolizistInnen zählt. Die Peertätigkeit verlagerte sich immer mehr auf andere Anlässe und allgemeine Probleme im dienstlichen Alltag.

Um dieser Betreuungsrealität auch nach außen hin Ausdruck zu verleihen, wurde das Projekt nach teaminternen Diskussionen schließlich im Jahr 2006 in „Peer Support“ umbenannt.

BETREUER ALLER VERWENDUNGSGRUPPEN

Der zweite Kritikpunkt, nämlich die ausschließliche Verwendung von leitenden BeamtInnen als BetreuerInnen, wurde bereits bei der Peer-Neuausbildung im Jahr 2000 berücksichtigt, indem man auch BeamtInnen der „mittleren Führungsebene“ (dienstführende BeamtInnen) zuließ. Ab 2006 waren dann ExekutivbeamtInnen aller Verwendungsgruppen zugelassen.

AKTUELLE SITUATION

Derzeit stehen dem Team österreichweit 58 „Peers“ aus der Exekutive zur Verfügung. Sie alle versehen „normalen“ Polizeidienst auf ihren jeweiligen Dienststellen und sind nebenbei als Peers aktiv.

In Hinblick auf die Verwendungsgruppen sind sechs Peers „Leitende BeamtInnen“, am stärksten vertreten sind die dienstführenden BeamtInnen mit 28 Peers sowie 20 Peers der Verwendungsgruppe E2b (= eingeteilte BeamtInnen). Sieben davon haben ein abgeschlossenes Psychologiestudium. Seitens des Psychologischen Dienstes (PD) der Sicherheitsakademie (.SIAK) gehören vier MitarbeiterInnen aktiv dem Team an, weitere drei stehen für Betreuungen zur Verfügung.

Alle Peers durchlaufen eine 3-wöchige Grundausbildung, die von den PsychologInnen des .SIAK-PD geleitet wird. Neben Themen wie Persönlichkeitspsychologie, Kommunikation, Stress und Trauma, Stressmanagement sowie Spezialthemen (Überbringen von Todesnachrichten, Suizid etc.) liegt ein wesentlicher Ausbildungsschwerpunkt auf Interventionstechniken (bedürfnisorientierte Einzel- und Grup-

pengespräche in Anlehnung an das CISM-Modell nach Mitchell, vgl. Mitchell/Everyly 1998) sowie Gesprächsübungen und Aufarbeitung eigener Belastungen. Eine verpflichtende jährliche Fortbildung sowie zusätzliche Bildungsangebote sollen das fachliche Niveau erhalten bzw. steigern.

Grundsätzlich werden Einzel- sowie Gruppenbetreuungen dann angeboten, wenn ExekutivbeamtInnen einer massiven Gefährdungslage ausgesetzt waren, unabhängig davon, ob sie selbst oder andere im Zuge eines Einsatzes verletzt wurden. Am dramatischsten ist es natürlich immer dann, wenn KollegInnen oder andere Beteiligte im Zuge des Einsatzes getötet wurden. Eine Peer-Support-Unterstützung wird aber auch dann angeboten, wenn eine Amtshandlung bzw. ein Einsatz unter besonders schwierigen oder belastenden Umständen geführt werden musste (Einsätze mit hoher körperlicher Belastung, Kontakte mit Angehörigen, Kinderleichen u.v.a.m.). Immer öfter werden auch Unterstützungsgespräche im Zusammenhang mit „allgemeinen dienstlichen Belastungen“ geführt bzw. bei Wechselwirkungen zwischen dienstlichen und privaten Belastungen.

Grundsätzlich ist vorgesehen, dass der Peer Support nach einem Vorfall verständigt wird und der Betreuer die betroffenen KollegInnen direkt kontaktiert. Ebenso möglich ist jedoch eine direkte Kontaktaufnahme des Betroffenen mit dem Peer oder – die vielleicht häufigste Variante – der Peer nimmt eine schwierige Amtshandlung aus eigenem wahr und wendet sich von sich aus an die beteiligten PolizistInnen.

Ein ganzheitliches Betreuungskonzept sollte seinen alleinigen Fokus jedoch nicht nur auf die Nachbesprechung nach einem belastenden Ereignis richten, sondern muss auf mehreren Ebenen ansetzen; demnach stellen auch Einsatzvorbereitung und

Einsatzbegleitung wichtige Elemente dar.

Das Peer Support-Team bietet demnach auch Schulungen und Informationsveranstaltungen an, die neben der Vorstellung des Betreuungsmodells Informationen über Stress und Belastungsbewältigung beinhalten; ebenso sind z.B. im Fall von Großschadensereignissen einsatzbegleitende Maßnahmen vorgesehen.

Die FachpsychologInnen des Teams versuchen, die Peers bei schwierigen Fällen zu unterstützen und ggfs. auf Grenzen aufmerksam zu machen. In manchen Fällen werden sie auch – nach Absprache mit betroffenen KollegInnen – hinzugezogen. Grundsätzlich ist immer die Anonymität der Kolleginnen und Kollegen zu bewahren, die Unterstützung in Anspruch nehmen, denn eines der wichtigsten Gebote ist die Vertraulichkeit!

In Fällen, die eine längerfristige Behandlung oder Therapie benötigen, wird bei der Suche nach einem geeigneten therapeutischen Beistand außerhalb der Organisation unterstützt.

WEITERENTWICKLUNGEN

Nicht zuletzt auf Grund der Kritik, insbesondere am Debriefing, aber vor allem auf Grund eigener Erfahrungen, wurde das Modell von Mitchell in den letzten Jahren modifiziert und bedürfnisorientierter für den Individualfall ausgerichtet. Ebenso wurden dabei die Erfahrungen aus der Resilienzforschung eingearbeitet.

Gerade bei Gruppenintervention nach einem sehr belastenden Einsatz besteht die Gefahr einer gegenseitigen emotionalen Ansteckung und Verstärkung, gerade von hoch belasteten TeilnehmerInnen („Risikogruppe“, vgl. dazu Fischer/Riedesser 1998).

Eine Literaturanalyse von Clemens und Lüdke (Clemens/Lüdke 2000) zeigte beispielsweise, dass das klassische Debriefing bestenfalls keinen Effekt hat, Betrof-

fene diese Maßnahme trotzdem häufig als erleichternd und hilfreich erlebt. Die Autoren empfehlen ein so genanntes zielgruppenorientiertes bzw. ein – bei Anwesenheit hoch belasteter TeilnehmerInnen – kognitives Debriefing, das sehr stark auf stabilisierende und strukturierende Interventionen zu beschränken ist und solche Interventionen vermeidet, die das Erlebnis emotional aktivieren.

Grundsätzlich dürfte die Frage nach der Wirkung des Debriefings nicht eindeutig zu beantworten sein. Einen weiteren Überblick zur „Debriefing-Debatte“ geben Beck et al. (Beck et al. 2007).

In der österreichischen Sicherheitsexekutive werden im Rahmen des Peer Support vorwiegend „bedürfnisorientierte“ Einzelgespräche durchgeführt.

Bei Gruppennachbesprechungen nach größeren Einsätzen oder komplexeren Amtshandlungen, die grundsätzlich von einer psychosozialen Fachkraft geleitet werden, wird der Schwerpunkt weniger auf das Durcharbeiten des emotionalen Erlebens gelegt, sondern stehen stabilisierende, je nach Bedarf auch informationale und psychoedukative, vor allem aber ressourcenorientierte Interventionen im Vordergrund. Im Idealfall folgen einer Einsatznachbesprechung in der Gruppe – so der Bedarf beobachtbar ist – Einzelgespräche, um auf die individuelle Belastung und Betroffenheit sowie auf offene Fragen und Verständnisschwierigkeiten des Einzelnen gesondert eingehen zu können. Das Gruppengespräch kann jedoch dabei helfen, eine Struktur sowie einen Gesamtüberblick über das Einsatzgeschehen zu bekommen, indem die Aufgaben, die Sichtweisen, das Erleben der anderen am Einsatz beteiligten Kolleginnen und Kollegen transparent werden. Gerade für Einsatzkräfte haben der Zusammenhalt der „KollegInnengruppe“, der Teamgedanke sowie die Anerkennung und Unterstützung

durch die Organisation einen hohen Stellenwert. Das Herausarbeiten positiver, gelungener Elemente, die gewonnen wurden und von in der Zukunft verwertbaren Erfahrungen – auch aus traurigen Anlässen – stellen daher einen wesentlichen Eckpunkt der Gruppennachbesprechung dar.

Als Beispiel eines umfassenden „Unterstützungspaketes“ nach einem Großschadensereignis, mit Interventionen auf mehreren Ebenen (Schulungen im Vorfeld für spezielle Einsatzgruppen wie das DVI-Team, Demobilization, Gruppennachbesprechungen in Seminarform sowie Einzelgespräche), sei die Aufarbeitung des Tsunami-Einsatzes für die österreichischen Einsatzkräfte erwähnt (siehe dazu Krampfl/Schneider 2007).

Letztlich sollen sowohl das Gruppen- als auch das Einzelgespräch dabei helfen, eine Struktur in den Abläufen zu erkennen, das Verstehen des Geschehenen zu fördern, offenen Fragen Raum zu geben, beschädigte Grundannahmen und Illusionen wieder aufzubauen, Reaktionen zu erklären und zu normalisieren, Sicherheit und Kontrollierbarkeit zurückzugeben, gegebenenfalls Schuldgefühle zu regulieren. Zudem soll der tiefere Sinn begreifbar gemacht werden (vgl. dazu auch Krampfl 2007).

ZAHLEN

Im Jahr 2010 gab es 224 Betreuungsanlassfälle.³ Insgesamt wurden 271 Exekutivbedienstete in 268 Einzel- und 26 Gruppengesprächen betreut. In nur neun Fällen war ein Schusswaffengebrauch der Anlass für das Betreuungsangebot. Die meisten Fälle waren dienstliche Belastungen allgemeiner Art, aber auch Suizide und Unfälle.

EVALUIERUNGEN DES PROJEKTES

An der Fachhochschule Wiener Neustadt haben sich einige StudentInnen des Studienganges „Polizeiliche Führung“ im Zuge

ihrer Bachelorarbeiten intensivst mit dem Thema Peer Support auseinandergesetzt und das Projekt unter verschiedenen Gesichtspunkten beleuchtet und evaluiert.

So befasste sich Schrenk (Schrenk 2010) mit den BetreuerInnen selbst und hinterfragte, ob das Angebot zur Prävention bzw. Nachsorge von Belastungsfolgen in der österreichischen Polizei aus deren Sicht als ausreichend angesehen wird. Für die Untersuchung wurde ein Fragebogen entwickelt, der an 46 Peers versandt wurde (einige Peers befanden sich zum Untersuchungszeitpunkt in Karenz oder auf Auslandseinsatz und konnten somit nicht an der Untersuchung teilnehmen). 31 Fragebögen konnten in die anonymisiert durchgeführte Auswertung einbezogen werden, was einer Rücklaufquote von knapp 74 % entsprach. Der Fragebogen umfasste neben soziodemographischen Angaben Daten zu den angebotenen und durchgeführten Betreuungen, den Erstreaktionen der Betroffenen, der Rolle von Vorgesetzten in Bezug auf Peer Support und Fragen zum psychosozialen Betreuungsangebot in der Exekutive.

Die Ergebnisse zeigen, dass die BetreuerInnen mit Ihrer Ausbildung äußerst zufrieden sind, das Fortbildungsangebot jedoch noch ein wenig verbessert werden soll. Die Anzahl der pro Bundesland ausgebildeten Peers erachten 67,7 % der Befragten als passend und ausreichend, ein/eine pro Bundesland verantwortlicher KoordinatorIn wird gewünscht. 87 % der Peers sind der Meinung, dass das momentan zur Verfügung stehende Betreuungsangebot dem derzeitigen Bedarf entspricht.

Probleme werden allerdings bzgl. der Verständigung der Peers wahrgenommen, denn in 63,8 % der Fälle wurden die BetreuerInnen aus Eigenem tätig. Wenig verwunderlich erscheint daher der Wunsch der Befragten nach einer umfangreicheren Aus- und Fortbildung zum Thema „Belas-

tungen im Polizeiberuf, Erkennen und Umgang damit“ sowohl in der Grundausbildung als auch bei Führungskräften.

Wilhelm (Wilhelm 2010) untersuchte in seiner Studie den Bekanntheitsgrad von Peer Support innerhalb der Exekutive und welche Erwartungen bei der Inanspruchnahme des Peer Support bestehen. Als Stichprobe fungierten 259 Exekutivbedienstete aus dem gesamten Bundesgebiet. Der Großteil dieser BeamtInnen (80 %) hatte allerdings noch keine Betreuung durch das Peer Support-Team bekommen. Die Erhebung wurde wiederum mittels Fragebogen anonymisiert durchgeführt. Der Fragebogen enthielt einen demographischen Teil sowie Fragen zu belastenden Ereignissen im Dienst, Fragen zum Projekt Peer Support (ob bekannt und wenn ja, welche Erfahrungen gemacht wurden) und allgemeine Fragen zum Umgang mit Belastungen.

Die Ergebnisse zeigen, dass 77 % das Projekt Peer Support kennen, 90 % kennen das vorige Betreuungsmodell Post-Shooting. Das bedeutet, dass die Mehrheit der Befragten über Betreuungsmodelle nach belastenden Ereignissen informiert ist. Als Informationsquellen fungieren hauptsächlich Schulungsveranstaltungen, das Intranet und andere KollegInnen.

Ca. ein Viertel der befragten PolizistInnen haben schon einmal ein Betreuungsangebot durch einen Peer erhalten, 7,5 % haben von sich aus Kontakt zu einem Peer aufgenommen. Von den Befragten mit erfolgter Betreuung haben 93 % das Gespräch/die Gespräche als hilfreich bzw. sehr hilfreich eingestuft.

76 % der Befragten wünschen sich, im Fall des Falles, eine persönliche Kontaktaufnahme durch den Peer, nur 11,6 % wollen über die Dienststelle Kontakt zu Betreuern haben. Dies unterstreicht die Wichtigkeit der direkten und persönlichen Kontaktaufnahme nach einem belastenden Ereignis.

Hinsichtlich der Erwartungen an den Peer Support zeigen sich folgende Ergebnisse:

- ▶ 41 % wünschen sich Unterstützung bzw. Hilfestellung,
- ▶ 9 % wollen jemanden zum Reden haben,
- ▶ 8 % erwarten sich kompetente/geschulte BetreuerInnen,
- ▶ 7 % verlangen Anonymität und Verschwiegenheit der BetreuerInnen,
- ▶ 6 % wollen gute Zuhörer haben.

Nicham (Nicham 2011) widmete sich der Frage, wie hilfreich bzw. effizient sich der Betreuereinsatz des Peer Supports nach einem Waffengebrauch für die Betroffenen erwiesen hat. Er untersuchte also, im Gegensatz zu Wilhelm (Wilhelm 2010), nur betroffene und auch betreute KollegInnen und schränkte sich auf Betreuungen nach Waffengebrauch ein. Als Stichprobe fungierten insgesamt 33 BeamtInnen, wovon 31 sogar einen mit Lebensgefahr verbundenen Waffengebrauch selbst gesetzt bzw. als Zeuge beobachtet hatten.

Die Befragung erfolgte anonymisiert mittels Fragebogen. Dieser enthielt neben soziodemographischen Daten auch Angaben zum Waffengebrauch selbst, zur erhaltenen Betreuung und zur Erwartungshaltung künftiger Betreuungen.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen das klare Bild, dass 83,9 % der Bediensteten den Peer-Einsatz als hilfreich bzw. sehr hilfreich erachten und sich insgesamt 97 % der Befragten in einem neuerlichen Anlassfall wieder durch den Peer Support unterstützen lassen werden.

Die Vertrauensfrage zeigt ein ebenso klares Bild, da von 97 % der Befragten die Gespräche mit dem Peer als absolut vertraulich angesehen werden. Gründe für die Annahme von Betreuungen sind bei knapp 35 % psychische Gründe, weitere 30,6 % haben Interesse am Peer Support, 18,4 %

nennen rechtliche Gründe. Der Rest der Befragten nennt keine besonderen Gründe für die Annahme der Betreuung. Dies spiegelt auch die Ergebnisse hinsichtlich der Erwartungshaltung an die Peers wider. Von Peers werden Fähigkeiten und Kenntnisse in Gesprächsführung, Psychologie, aber auch in rechtlichen Belangen (Dienstrecht, Waffengebrauchsgesetz ...) erwartet. Bei der Thematik zeigt sich, dass knapp 47 % der Befragten das Betreuungsangebot durch Vorgesetzte aus den unterschiedlichsten Hierarchieebenen erhalten, knappe 41 % bekommen das Peer Support-Angebot direkt von den Betreuern.

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Projekt Peer Support auf Grund zahlreicher Schulungsveranstaltungen, des Intranets und der Mundpropaganda in den eigenen Reihen österreichweit hinlänglich bekannt ist. Vorrangig wünschen sich die

Exekutivbediensteten von den BetreuerInnen eine Unterstützung bzw. Hilfestellung und erwarten sich daher Peers mit Kenntnissen in Gesprächsführung, Psychologie und rechtlichen Belangen. Eine persönliche Kontaktaufnahme scheint besonders wichtig, Kontaktaufnahmen über die Dienststelle werden eher abgelehnt. Die Betreuungen werden von den Betroffenen zum Großteil als äußerst hilfreich empfunden und unterstreichen somit die Wichtigkeit des Projektes.

Die BetreuerInnen selbst sind mit ihrer Ausbildung sehr zufrieden und sehen das momentan zur Verfügung stehende Angebot an Peers weitgehend als angemessen.

In den nächsten Jahren gilt es derzeit noch bestehende Berührungspunkte weiter abzubauen und beständig Inhalte des Projektes in die Aus- und Fortbildung der Exekutive zu implementieren, um eine noch optimalere und schnellere Betreuung nach belastenden Einsätzen gewährleisten zu können.

¹ In der Folge auch geschlechtsneutral als „Exekutivbedienstete“ bezeichnet.

² Der Begriff SAFE-R leitet sich aus den einzelnen Anfangsbuchstaben der englischen Begriffe für die Interventionen ab – Stabilize, Acknowledge, Facilitate, Encourage und Referral.

³ Interne Aufzeichnungen des .SIAK-PD: Diese Zahl beinhaltet sowohl durchgeführte Betreuungen als auch Angebote, die nicht in Anspruch genommen wurden. Pro „Fall“ sind meist mehrere betroffene BeamtInnen involviert, auch die Anzahl an Einzelgesprächen ist variabel.

Quellenangaben

Beck, T./Kratzer, D. et al. (2007). Die Debriefing-Debatte – Fragen zur Wirksamkeit. ZZPM – Zeitschrift für Psychotraumatologie, Psychotherapiewissenschaft, Psychologische Medizin (5), 9–22.
Bundesministerium für Inneres (1993a). Erlass GZ 5.025/6-II/1/93 vom 04.01.1994.
Bundesministerium für Inneres (1995). Erlass GZ 1040/63-II/1/95 vom 10.02.1995.
Clemens, K./Lüdke, C. (2000). Debriefing – werden die Opfer geschädigt? Überlegungen zu einem zielgruppenorientierten Vorgehen, Psychotraumatologie (1), 1–14.

Dyregrov, A. (1998). Psychological debriefing – An effective method? Traumatology, 4 (2), Article 1.

Fischer, G./Riedesser, P. (1998). Lehrbuch der Psychotraumatologie, München.

Hallenberger, F. (2001). Polizeilicher Schusswaffengebrauch: Erleben und Folgen, Polizei und Wissenschaft (1), 3–12.

Juen, B./Öhler, U./Thormar, S. (2009). Posttraumatisches Wachstum bei Einsatzkräften. Zeitschrift für Psychotraumatologie, Psychotherapiewissenschaft und Psychologische Medizin, 7 (1), 9–19.

Krampl, M. (2007). Einsatzkräfte im

- Stress: Auswirkungen von traumatischen Belastungen im Dienst, Kröning.*
- Krampl, M./Schneider, E. (2007). Die reflexive Aufarbeitung des Tsunami-Einsatzes beim österreichischen Disaster Victim Identification Team (DVI). ZZPM – Zeitschrift für Psychotraumatologie, Psychotherapiewissenschaft, Psychologische Medizin (5), 23–34.*
- Küfferle, M./Walter, R. P. (1994). Nach dem Schusswaffengebrauch, Öffentliche Sicherheit (3), 35–38.*
- Mitchell, J. T. (1983). When disaster strikes ... The Critical Incident Stress Debriefing, Journal of Emergency Medical Services (8), 36–39.*
- Mitchell, J. T./Everly, G. S. (1998). Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen, Wien.*
- Nicham, W. (2011). Peer Support bei Waffengebräuchen der Polizei in Österreich aus Sicht der Betroffenen. Unveröffentlichte Bachelorarbeit, Fachhochschule Wiener Neustadt.*
- Schrenk, A. (2010). Das Angebot zur Bewältigung belastender Ereignisse für Polizeibeamte. Unveröffentlichte Bachelorarbeit, Fachhochschule Wiener Neustadt.*
- Solomon, R. M./Horn, J. M. (1986). Post-Shooting Trauma Reactions: A Pilot Study, in: Reese, J. T./Goldstein, H. A. (Hg.) Psychological Services for Law Enforcement, Washington D.C.*
- Steinbauer, M. (2002). Stress im Polizeiberuf. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien.*
- Wilhelm, O. (2010). Peer Support-Unterstützung bei Belastungssituationen im Polizeialltag. Unveröffentlichte Bachelorarbeit, Fachhochschule Wiener Neustadt.*

Weiterführende Literatur und Links

- Bundesministerium für Inneres (1993b). Erlass GZ 5.000/91-II/1/93 vom 07.07.1993.